

Dezember/2019

Russland-Update



Zahlen, Daten & Fakten zur russischen Wirtschaft und den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die russische Wirtschaft erholt sich weiter von der längsten Rezessionsphase seit den frühen 1990er Jahren, allerdings mit einer geringen Dynamik. Für 2019 wird ein Wachstum von gut einem Prozent prognostiziert. Aktuelle Vorhersagen für 2020 gehen von etwa 1,7 Prozent Wachstum aus. Hauptrisiken für den Ausblick sind mögliche weitere US-Sanktionen sowie ein stärkerer Ölpreissrückgang.

Die Wirtschaftskrise in Russland in den vergangenen Jahren hatte verschiedene Faktoren: Hauptgrund war der starke Rückgang der Rohölpreise seit 2014. Die russische Regierung hatte es versäumt, in der wirtschaftlichen Boomzeit der frühen 2000er Jahre schrittweise ein Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das die einseitige Abhängigkeit von Rohstoffexporten überwindet. Diese machen rund 80 Prozent der russischen Exporte aus. Das aktuelle Entwicklungspotenzial der russischen Wirtschaft scheint bei maximal zwei Prozent Wachstum jährlich an eine Obergrenze zu stoßen, die Industrieproduktion läuft bereits nahe der Kapazitätsgrenzen, die offizielle Arbeitslosigkeit liegt inzwischen unter fünf Prozent. Ein signifikant höheres Wachstum ist nach nahezu einhelliger Expertenmeinung nur durch entschiedene Reformen und deutliche Produktivitätsfortschritte erreichbar.

Schwachstellen der russischen Wirtschaft bleiben neben der unzureichenden Diversifizierung eine zu hohe Staatsquote, die modernisierungsbedürftige Infrastruktur, die weiterhin zu verhaltene Bekämpfung der Korruption und der erschwerte Zugang zu Krediten. Die seit Sommer 2014 infolge des Ukraine-Konflikts bestehenden westlichen Wirtschaftssanktionen verschärfen die Krise zusätzlich. Vor allem der Finanzsektor und die Vergabe von Investitionskrediten werden weiterhin durch die Sanktionen behindert, zudem erschweren die Sanktionen im Erdölsektor die Ausbeutung neuer Lagerstätten in der Arktis und die Modernisierung der bestehenden Förderanlagen.

Als Reaktion auf die Sanktionen verstärkte die russische Regierung ihre Anstrengungen zur Importsubstitution. Zudem senkte der gesunkene Rubelkurs die russischen Lohnstückkosten und begünstigt damit die russische Exportwirtschaft. Produzieren in Russland ist damit auch für ausländische Investoren attraktiver geworden. Zudem wurde das Geschäftsklima in den vergangenen Jahren stetig verbessert. Firmen klagen jedoch über zunehmende Kontrollen und administrative Hürden. Die Missachtung bestehender Verträge, die etwa im Umgang mit manchen WTO-Verpflichtungen zu beobachten ist, belastet das Investitionsklima in Russland zusätzlich.

Die traditionell stark entwickelte Rohstoffwirtschaft bleibt das Rückgrat der russischen Wirtschaft. Die Erholung der Rohstoffpreise seit 2017 trägt zur wirtschaftlichen Erholung bei. Die Industrieproduktion stieg in den ersten zehn Monaten 2019 im Vorjahresvergleich um 2,7 Prozent. Die Agrarproduktion konnte im gleichen Zeitraum sogar um vier Prozent zulegen. Der Agrarsektor profitiert auch von den russischen Sanktionen gegen westliche Agrar- und Lebensmittelimporte, die im Sommer 2014 als Reaktion auf westliche Sanktionen eingeführt worden waren.

Wirtschaftsindikatoren: 2015 war das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,8 Prozent gesunken, 2016 gab es mit einem Plus von 0,3 Prozent eine moderate Erholung. 2017 wurde ein Wachstum von 1,6 Prozent registriert, 2018 war das BIP um 2,3 Prozent gestiegen, für 2019 wird ein Plus von etwa einem Prozent erwartet.

Parallel zum Absturz der Ölpreise verbilligte sich seit 2014 der russische Rubel in Relation zu Dollar und Euro um zeitweise 50 Prozent. War das russische Bruttoinlandsprodukt 2014 noch mit zwei Billionen US-Dollar berechnet worden, sank dieser Wert dadurch bis 2016 auf umgerechnet 1,5 Billionen US-Dollar und lag damit etwa gleichauf mit dem BIP Australiens. Unter den größten Volkswirtschaften der Welt rangierte Russland 2018 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds an 12. Stelle (Deutschland: 4. Stelle). Das BIP pro Kopf der russischen Bevölkerung betrug 2018 9.460 Euro (Deutschland: 40.341 Euro).

Der Binnenkonsum, bis 2013 immer ein stabiler Wachstumstreiber, war 2015 und 2016 deutlich rückläufig, hat sich dann seit 2017 etwas stabilisiert. Der Konsum stieg in den ersten zehn Monaten 2019 (gemessen am Einzelhandelsindex) im Jahresvergleich leicht um 1,5 Prozent.

Die Inflationsrate lag im Oktober 2019 mit 3,8 Prozent unter dem Inflationsziel der Russischen Zentralbank von vier Prozent. Der Leitzins, der vor zwei Jahren noch bei 17 Prozent lag, wurde von der Zentralbank seit Juni 2019 mehrmals auf zuletzt 6,5 Prozent abgesenkt. Zum Rückgang der Inflationsrate hat der stärkere Rubel beigetragen, der zuletzt bei gut 70 Rubel/Euro notierte. Zu Jahresbeginn 2019 kostete ein Euro noch fast 77 Rubel.

Ein großes Sorgenkind der russischen Wirtschaft bleibt die Finanzwirtschaft. Sie leidet unter dem nach wie vor schwachen Rubel sowie den westlichen Sanktionen. Viele Russen hatten in guten Zeiten Kredite in Fremdwährung aufgenommen, die sie angesichts der Rubelschwäche und der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre nur schwer bedienen können. Gerade mittelständische Unternehmen sind aber auf zinsgünstige Kredite und ein leistungsfähiges Bankensystem angewiesen. Dazu kommt die schnell wachsende Zahl von ungesicherten Verbraucherkrediten. Der private Bankensektor bleibt verwundbar: Seit 2013 wurden mehr als 500 Banken geschlossen. Die Zentralbank hat zudem notleidende private Banken verstaatlicht. Die Dominanz staatlicher Banken ist dadurch gewachsen. Diese sind allgemein gut kapitalisiert, und auch die staatlichen Devisenreserven steigen weiter. In den Ratings der internationalen Agenturen hat Russland Boden gut machen und damit an Kreditwürdigkeit gewinnen können. Zwei der drei großen Ratingagenturen stufen Russland im Investment Grade ein.

Geschäftsklima: Im „Doing Business Report 2020“ der Weltbank, der insbesondere die Arbeitsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen bewertet, belegte Russland unter 190 Staaten Platz 28. 2011 lag Russland noch abgeschlagen auf Rang 123. Im „Global Competitiveness Report 2019“ des Weltwirtschaftsforums nimmt Russland unter 141 Staaten Platz 43 ein.

Die **17. Geschäftsklima-Umfrage**, die der OAOEV und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer Ende 2019 unter 112 deutschen Unternehmen in Russland durchführten, spiegelt die fehlende russische Wirtschaftsdynamik wider. Die Einschätzung des Geschäftsklimas durch die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft ist weiter verhalten: Nur 30 Prozent der Unternehmen haben in den vergangenen Monaten positive Veränderungen beobachtet (Vorjahr 32 Prozent). Der Ausblick auf 2020 fällt etwas optimistischer aus: 43 Prozent erwarten 2020 eine zumindest leicht positive wirtschaftliche Entwicklung in Russland (Vorjahr 41 Prozent). Die eigene Geschäftslage bezeichnen 41 Prozent als gut oder sehr gut, 47 Prozent empfinden sie als befriedigend.

Größte Störfaktoren bei der Geschäftstätigkeit in Russland sind die Bürokratie und die (schwache) Konjunktorentwicklung. Die EU- und US-Sanktionen haben dagegen an Bedeutung verloren.

Wirtschaftspolitische Trends: Mitte 2018 hat die Regierung die Anhebung des Renteneintrittsalters und des Mehrwertsteuersatzes beschlossen, die Anfang 2019 in Kraft traten.

Die russische Wirtschaftspolitik forciert im Zuge der westlichen Sanktionspolitik eine Politik der Lokalisierung und Importsubstitution. Russland versucht zunehmend westliche Industrieprodukte durch Eigenproduktion

oder Importe aus vorwiegend asiatischen Ländern zu ersetzen. Das Programm zur Importsubstitution vom März 2015 sieht vor, künftig über 2.200 Produkte in 20 Branchen in Russland selbst herzustellen. Im Juni 2015 trat das Gesetz über Industriepolitik in Kraft, das die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie durch Fördermaßnahmen und Vorgaben für die öffentliche Einkaufspolitik anstrebt.

Das Thema Lokalisierung wird von der deutschen Wirtschaft aufmerksam verfolgt. Aktuelle Lokalisierungsprojekte deutscher Unternehmen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft auch in einem schwierigen Umfeld daran arbeitet, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland weiterzuentwickeln. Ein Beispiel dafür ist der Aufbau eines Mercedes-Werks nahe Moskau, das 2020 mit der Produktion beginnen soll. Solche Projekte fördern vor allem auch mittelständische Zulieferstrukturen nach dem Motto „Made in Russia for Russia“. Ausländische Investoren haben mittlerweile die Möglichkeit, durch Sonderinvestitionsverträge in den Rang russischer Unternehmen aufzusteigen und damit bei staatlichen Ausschreibungen zum Zuge zu kommen. Fünf derartige Verträge wurden bislang mit deutschen Unternehmen abgeschlossen (Claas, DMG Mori, Daimler, Wilo, VW).

Haushalt und Verschuldung: Im Jahr 2019 dürfte der föderale Haushalt mit einem Überschuss von rund zwei Prozent des BIP abschließen. Teile der Einnahmen aus der Ölbesteuerung fließen in den Nationalen Wohlfahrtsfonds, dessen Vermögen 2020 die Mindestgrenze von sieben Prozent des BIP erreichen dürfte. Der Fonds dient der Finanzierung der Rentenversicherung, dem Ausgleich von Haushaltsdefiziten und der Co-Finanzierung von freiwilligen Rentenbeiträgen.

Was Auslandsverschuldung und Reserven angeht, weist Russland nach wie vor sehr solide Werte auf. Die Bruttoauslandsverschuldung beträgt gut 27 Prozent des BIP, die öffentliche Verschuldung liegt bei unter zehn Prozent des BIP und die Währungsreserven beliefen sich Ende November 2019 auf 543 Milliarden US-Dollar.

2. Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Handelsentwicklung: Der deutsch-russische Handel war bis zum Sommer 2016 vier Jahre in Folge rückläufig. Dieser Trend, der bereits 2013 einsetzte, wurde durch geringere Spielräume Russlands aufgrund gesunkener Rohstoffeinnahmen und durch die gegenseitigen Sanktionen beschleunigt. Ab Sommer 2016 drehte der Trend wieder ins Positive. Dies setzte sich auch 2018 verhalten fort. Die deutschen Exporte nach Russland kletterten im Gesamtjahr um 0,8 Prozent auf knapp 26 Milliarden Euro und die deutschen Importe aus Russland um 14,6 Prozent auf gut 36 Milliarden Euro. Insgesamt lag das Handelsvolumen damit bei knapp 62 Milliarden Euro (2016: 48 Milliarden Euro).

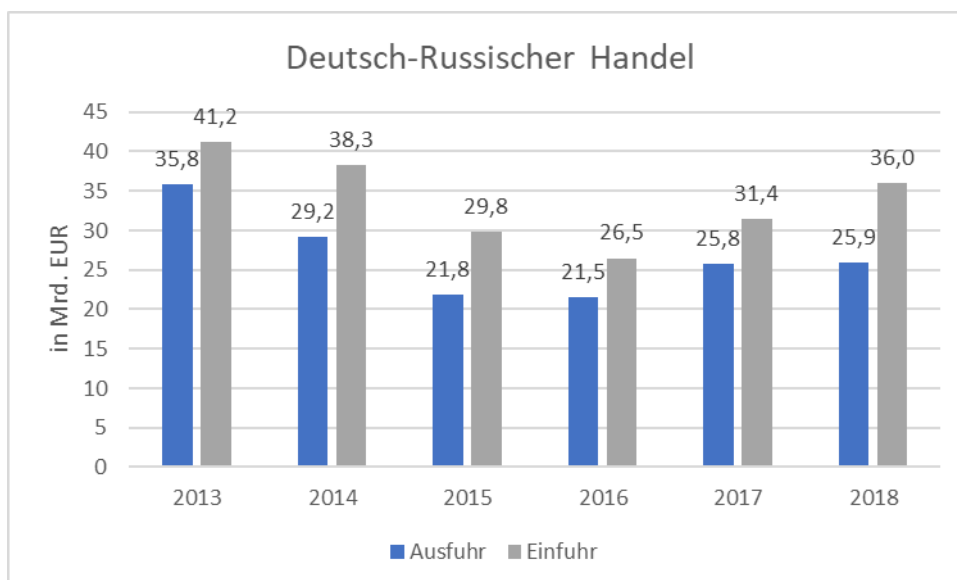
In den ersten neun Monaten 2019 war der bilaterale Warenaustausch allerdings wieder rückläufig: Die deutschen Lieferungen nach Russland stiegen dabei um 2,5 Prozent auf 19,9 Milliarden Euro. Die Importe aus Russland waren mit 23,3 Milliarden Euro aber um 11,8 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum, vor allem aufgrund des niedrigeren Ölpreises.



Graphik: OAOEV; Quelle: Statistisches Bundesamt

in der Langzeitbetrachtung bleiben die Verluste im bilateralen Handel signifikant, und es ist noch ein weiter Weg zurück zu alten Spitzenwerten (2012 lag das deutsch-russische Handelsvolumen bei 80 Milliarden Euro). Unter den deutschen Absatzmärkten belegte Russland 2018 Rang 15 (2012: Rang elf), unter den deutschen Einfuhrländern Rang 12.

Besonders betroffen von der negativen Handelsentwicklung der vergangenen Jahre ist der deutsche Maschinenbau, auch weil die westlichen Sanktionen gegen die russische Energie- und Rüstungswirtschaft vor allem kurz nach Verhängung der Sanktionen 2014 zur aufwändigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle BAFA geführt hat. Im Jahr 2015 waren die deutschen Exporte in dieser Branche um 27 Prozent eingebrochen. Im ersten Halbjahr 2019 gingen die deutschen Maschinenexporte nach Russland erneut um acht Prozent auf rund 2,6 Milliarden Euro zurück. Damit lag Russland nur noch auf Platz elf unter den Exportmärkten des deutschen Maschinenbaus, 2012 belegte es noch Platz vier. Unter den russischen Gegensanktionen im Agrarbereich leidet wiederum die deutsche Landwirtschaft. Die deutschen Bauern erlitten dadurch nach Schätzungen des Deutschen Bauernverbands allein 2014/2015 einen Umsatzausfall von einer Milliarde Euro.



Graphik: OAOEV; Quelle: Statistisches Bundesamt

2018 war Deutschland mit einem Anteil von 8,7 Prozent weiter wichtigster Handelspartner Russlands in Europa und zweitgrößter Handelspartner weltweit, mit deutlichem Abstand hinter China (15,7 Prozent). Knapp dahinter folgen die Niederlande an dritter Stelle. 7,6 Prozent der gesamten russischen Exporte gingen 2018 in die Bundesrepublik, die damit hinter China und den Niederlanden auf Platz drei rangierte. Importseitig war Deutschland nach China mit einem Marktanteil von 10,6 Prozent das zweitwichtigste Lieferland.

Deutsch-Russischer Handel:
Die wichtigsten fünf Warengruppen 2018

Deutscher Export:

Waren	in Mio. Euro
Maschinen	15.536,9
Chemische Erzeugnisse	12.070,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9.346,9
Elektrotechnik	4.147,3
Mess-/Regeltechnik	3.156,9

Deutscher Import:

Waren	in Mio. Euro
Erdöl und Erdgas	39.430,3
Petrochemie	7.056,6
Metalle	5.942,4
Kohle	3.033,1
Chemische Erzeugnisse	1.114,2

Deutsche Investitionen: Seit 2014 ist die Präsenz deutscher Unternehmen auf dem russischen Markt von rund 6.000 auf 4.700 gesunken (Stand: Dezember 2018). Die Wirtschafts- und Sanktionskrise hat also Spuren hinterlassen, die große Mehrheit der deutschen Unternehmen hält jedoch am russischen Markt fest. Die Unternehmen nutzten die Zeit des abgekühlten Wachstums, um sich strategisch besser aufzustellen, personelle Überkapazitäten abzubauen und sich auf die Zeit einer wieder anziehenden Konjunktur vorzubereiten. Für Neueinsteiger ist die Zeit günstig, da Immobilien im Preis deutlich billiger und zahlreicher verfügbar sind. Das gleiche gilt für Übernahmen. Die anhaltende Schwäche des Rubels und der starke Rückgang der Lohnkosten machen eine Produktion im Inland attraktiver und sogar einen Export aus Russland heraus in Drittländer interessant.

Nach einem Tiefpunkt im politischen Krisenjahr 2014 erholen sich seit 2015 die deutschen Direktinvestitionen in Russland. Auch große Leuchtturmprojekte wie die Pipeline Nord Stream 2, das neue Mercedes-Benz-Werk nahe Moskau und das geplante Werk von BMW in Kaliningrad könnten zu einer neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen beitragen. Hinzu kommt eine Vielzahl an Investitionsprojekten und Aktivitäten gerade auch von deutschen Mittelständlern: So haben beispielsweise der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo und das Technologieunternehmen GEA in den vergangenen Jahren neue Produktionsstätten in Russland eingeweiht. Der niederbayrische Heizkörperhersteller Kermi hat im Oktober 2019 die erste Produktionslinie in seinem neuen Werk im russischen Stupino eröffnet. Es zeigt sich: Die EU-Sanktionen gegen Russland in einigen Sektoren sind hinderlich, aber kein unüberwindbares Hindernis für die Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

3. Wirtschaftssanktionen

Im August 2014 wurden zwischen der EU und Russland als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine erstmals seit Beendigung des Kalten Krieges gegenseitige Wirtschaftssanktionen eingeführt, im September 2014 folgte deren Ausweitung. Hinzu kommen direkte Sanktionen der EU gegen einzelne Firmen, Organisationen und Personen. Die EU-Wirtschaftssanktionen beinhalten ein Waffenembargo, Finanzmarktsanktionen sowie Beschränkungen oder Verbote bei der Lieferung von Dual-Use-Gütern sowie spezifischer Ölfördertechnologie und -ausrüstung. Rechtsfolgen der Sanktionen sind Beschränkungen und Verbote bei der Ausfuhr von Gütern und Technologie nach Russland. Auch sind Vermittlungsgeschäfte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Gütern betroffen. Sanktionsverstöße haben empfindliche Strafen zur Folge.

Weltweit beteiligen sich rund 40 Länder auf unterschiedliche Weise an den Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Neben der Ukraine, Norwegen, Kanada und Japan sind unter dem Druck der EU auch EU-Beitrittskandida-

ten wie Albanien oder Montenegro beteiligt, während Serbien sich enthält. Ebenfalls keine Russlandsanktionen eingeführt haben wichtige Wirtschaftsmächte wie China, Indien, Brasilien, die Türkei, Ägypten, Israel, Südafrika oder Südkorea. Die Schweiz versucht zumindest das Unterlaufen der EU-Sanktionen zu verhindern.

Von russischer Seite wurde seit August 2014 gegen diejenigen Länder, die sich an den Sanktionen beteiligen, ein Importstopp von Agrargütern eingeführt.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben im März 2015 den Abbau der Handels- und Investitionsbeschränkungen gegen Russland an die vollständige Umsetzung des sogenannten Minsker Abkommens zur Befriedung des Konflikts in der Ost-Ukraine geknüpft. Zuletzt verlängerte die EU im Juni 2019 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis Januar 2020. Als Reaktion darauf hält auch Russland an seinen Gegensanktionen im Agrarbereich fest.

Sanktionsfolgen für die Wirtschaft: Die westlichen Sanktionen haben zur aufwendigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle BAFA geführt. Das BAFA hat darüber zu entscheiden, ob Dual-Use-Komponenten im Zweifelsfall auch für militärische Zwecke oder die Ölindustrie eingesetzt werden könnten. Von den westlichen Finanzmarktsanktionen sind letztlich alle Branchen betroffen, weil damit beispielsweise Exportfinanzierungen für russische Kunden erschweren Bedingungen unterliegen.

Generell war in den ersten beiden Jahren nach Einführung der Sanktionen eine stark gestiegene Risikoscheu bei Geschäften zu beobachten. Die Komplexität der verschiedenen Regelungen schreckte ab, gerade kleinere Geschäfte wurden angesichts des hohen Prüfungsaufwands und der Gefahr unbeabsichtigter Regelverletzungen gar nicht erst in Erwägung gezogen.

Die russischen Gegensanktionen zielen in erster Linie auf die deutsche und europäische Land- und Ernährungswirtschaft, die bereits vor den Sanktionen wiederholt mit russischen Einfuhrverboten konfrontiert wurde. Der nun sanktionsbedingte, weitgehende Ausfall des russischen Marktes trägt zu einem Überangebot an Fleisch und Obst, aber auch an Milchprodukten in der EU bei. Dadurch sanken die Erlöse unter anderem bisweilen unter die Produktionskosten. Den EU-Landwirten gelingt es aber zunehmend, den russischen Markt durch Lieferungen auf andere Märkte zu kompensieren.

Zwischen 2013 und 2018 hat sich der Handel der EU mit Russland um über 22 Prozent verringert. Wurden 2013 nach Angaben von Eurostat noch Waren im Wert von 327 Milliarden Euro gehandelt, betrug der Wert für 2018 nur noch 254 Milliarden Euro.

Allerdings wäre eine Gleichsetzung dieser massiven Handelseinbrüche mit den Wirkungen der Sanktionen falsch: Es gibt andere Einflussfaktoren wie den stark gesunkenen Ölpreis und den schwachen Rubel-Kurs, die einen erheblich größeren Anteil am Niedergang der Konjunktur in Russland und damit des Handels haben. Auch inner-russische Modernisierungsdefizite spielen eine Rolle, denn bereits im Jahr 2013 hatte es im Vergleich zum Rekordjahr 2012 einen leichten Rückgang im bilateralen Handel gegeben.

Dennoch ist der Anteil der Handelsverluste, der unmittelbar oder mittelbar auf die gegenseitigen Sanktionen zurückgeführt werden kann, signifikant hoch. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) beziffert den Anteil der Sanktionen am Handelsrückgang für den Zeitraum von 2014 bis Ende 2018 auf 300 Milliarden US-Dollar, das sind im Schnitt 5,6 Milliarden Dollar monatlich. 60 Prozent der Verluste liegen auf Seiten Russlands. Von den übrigen 40 Prozent gehen der überwiegende Teil (92 Prozent) auf das Konto der EU-Mitglieder. Unter den EU-Ländern wiederum ist Deutschland am meisten von den Sanktionen betroffen. Das IfW schätzt die deutschen Handelsverluste durch Sanktionen auf 770 Millionen Dollar pro Monat, die US-Verluste lägen dagegen nur bei 70 Millionen Dollar pro Monat.

Nur 13 Prozent der sanktionsbedingten EU-Handelsverluste seien direkt auf die russischen Gegensanktionen zurückzuführen, der weitaus größere Teil entstehe durch die politische Verunsicherung und fehlendes Vertrauen von Investoren. Geschäfte würden gar nicht erst realisiert, um mögliche zukünftige Sanktionslasten zu vermeiden.

Die westliche Sanktionspolitik hat die Abschottung Russlands etwa im Rahmen der Lokalisierungs- und Importsubstitutionspolitik verstärkt und chinesischen Anbietern Vorteile auf dem russischen Markt verschafft. Für die Unternehmen bedeutet das Sanktionsregime einen erhöhten administrativen Aufwand und birgt ein erhebliches Reputationsrisiko, insbesondere im Hinblick auf das US-Geschäft. Lange Genehmigungsfristen für Exportgeschäfte erschweren zudem die Möglichkeit, sich an Ausschreibungen in Russland zu beteiligen.

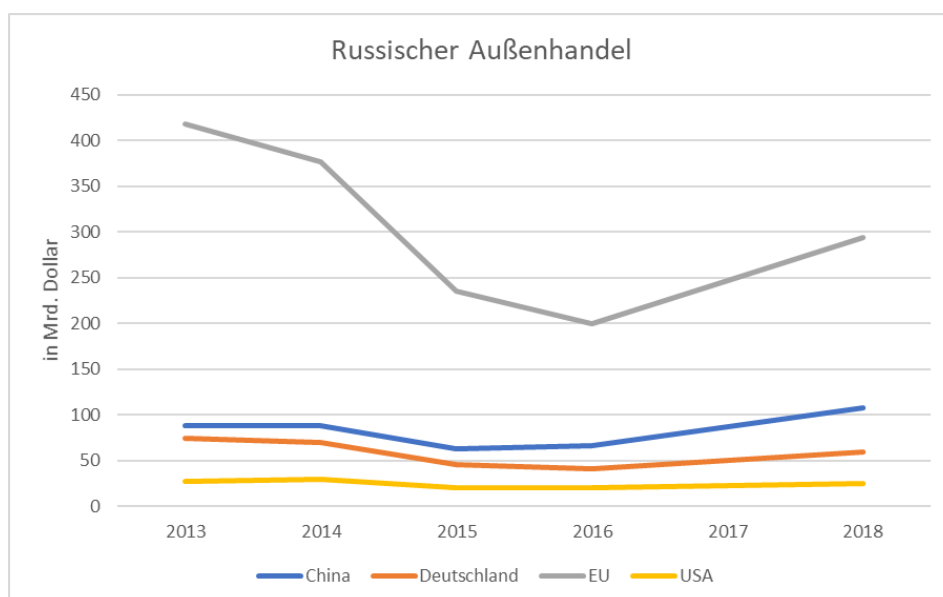
Die Sanktionen zwischen der EU und Russland hatten und haben zudem Folgewirkungen auch in Nachbarregionen, die wirtschaftlich stark von Russland abhängig sind. Umgekehrt gibt es aber auch Länder, die sich nicht an den Wirtschaftssanktionen beteiligen und denen sich aufgrund dessen nach dem Ausfall von EU-Exporten nach Russland dort neue Marktchancen eröffnen. Hier wird von Experten insbesondere auf China, die Schweiz, die Türkei, Südkorea, Brasilien, Ägypten oder Israel verwiesen, die dauerhaft deutsche und EU-Marktanteile in Russland besetzen könnten. Dies lässt sich tatsächlich nachweisen: So ging in den Jahren 2014 bis 2017 wegen der allgemein schwierigen Wirtschaftslage in Russland zwar insgesamt auch der chinesische Export nach Russland zurück (-14,5 Prozent), aber

deutlich geringer als der deutsche Export nach Russland in diesem Zeitraum (-38 Prozent, Zahlen jeweils nach russischen Statistiken).

China liegt auch aufgrund dieser Entwicklung nunmehr deutlich an erster Stelle unter den russischen Handelspartnern. 2016 konnten nach Angaben des Verbands der Deutschen Maschinen- und Anlagenbauer chinesische Anbieter erstmals mehr Maschinen nach Russland liefern als ihre bislang führende deutsche Konkurrenz.

Die oft wiederholte These, US-Unternehmen würden aufgrund einer cleveren Sanktionspolitik Marktanteile in Russland gewinnen, lässt sich aufgrund der Handelsstatistiken nicht belegen. Allerdings hat der Handel der USA mit Russland nur ein Zehntel des Umfangs des Handels der EU mit Russland. Die Kosten der Sanktionen tragen also im Wesentlichen die Europäer und unter ihnen insbesondere die deutsche Wirtschaft, die allein auf einen Anteil von 25 Prozent am gesamten EU-Russland-Handel kommt.

Insgesamt bleibt auch nach gründlicher Sichtung vorhandener Studien die Bestimmung der globalen Sanktionsfolgen und ihre zukünftigen Auswirkungen schwierig und von einer Reihe von Annahmen abhängig. Einige Effekte schwächen sich über die Jahre ab, weil Unternehmen neue Märkte entwickeln und Marktlücken anderweitig geschlossen werden. Andere Effekte potenzieren sich möglicherweise über die Jahre. Mit ziemlicher Sicherheit lässt sich jedoch sagen, dass die Sanktionskosten für Russland und den Westen seit 2014 zusammengenommen inzwischen einen dreistelligen Milliarden-Euro-Betrag überschritten haben.



Graphik: OAOEV; Quelle: Föderaler Zolldienst Russlands

Aktuelle Entwicklung: Trotz nunmehr fünfjähriger Sanktionen sind bislang praktisch keine Umsetzungsschritte des Minsker Friedensabkommens erkennbar. Russland und die Ukraine werfen sich gegenseitig mangelnde

Umsetzung vor. Im Dezember 2019 wird es aber erstmals wieder ein Gipfeltreffen im Normandie-Format geben. Vorschläge des ehemaligen deutschen Außenministers Sigmar Gabriel zu einem schrittweisen Abbau der Wirtschaftssanktionen parallel zu substanziellen Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens (entsprechend der Position des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins) haben sich in der EU trotz ähnlicher Äußerungen aus Ländern wie Italien, Bulgarien, Tschechien, Ungarn und der Slowakei bislang nicht durchsetzen können. Bislang ist die offizielle EU-Position, erst eine vollständige Umsetzung des Minsker Friedensabkommens abzuwarten und dann erst Sanktionen zurückzuführen.

Auf Betreiben von US-Senat und -Repräsentantenhaus beschlossen die USA vor dem Hintergrund möglicher russischer Manipulationsversuche im US-Präsidentschaftswahlkampf seit Juli 2017 neue Maßnahmen gegen Russland. Von Sanktionen bedroht sind insbesondere der Energiesektor, der Finanzbereich, aber auch allgemein Unternehmen, die mit russischen Firmen und Personen aus dem Verteidigungs- und Geheimdienstbereich Geschäfte machen. Neue Vorhaben zur Ölförderung unter starker Beteiligung russischer Partner werden dadurch weltweit erschwert, auch Projekte in Zusammenhang mit russischen Exportpipelines könnten unter Sanktionen fallen. Ob es tatsächlich zu Sanktionen kommt, hat im Bedarfsfall der US-Präsident zu entscheiden, der dieses Mittel bislang aber nur ansatzweise eingesetzt hat. Die dezidiert exterritoriale Wirkung dieser neuen Sanktionen treffen auch ausländische Geschäftspartner russischer Firmen. Zugleich verfolgt der US-Senat mit dem Gesetzesvorschlag offene US-amerikanische Wirtschaftsinteressen, etwa zur Förderung amerikanischer Fracking-Gas-Exporte in Konkurrenz zu russischen Energielieferungen über die geplante Pipeline Nord Stream 2.

Nach einer klaren Ablehnung negativer Effekte derartiger neuer US-Sanktionen auf europäische Unternehmen durch die Bundesregierung und die EU-Kommission hat die US-Administration reagiert. Im Oktober 2017 veröffentlichte das US-Außenministerium Guidelines zu großen Teilen des Sanktionspakets. Präzisiert wurde dadurch, dass Verträge im Energiebereich, die vor Unterzeichnung des US-Sanktionsgesetzes am 2. August 2017 vereinbart wurden, Bestandsschutz erhalten. Konkretisiert wird zudem, dass die Einführung von Sanktionen mit den europäischen Verbündeten „koordiniert“ werden soll. Das Grundsatzproblem, dass die US-Gesetzgebung direkt in Geschäftspraktiken europäischer Unternehmen eingreift, bleibt bestehen, zumal es EU-Firmen sogar gesetzlich untersagt ist, Sanktionsbestimmungen Dritter Folge zu leisten („Blocking Regulation/ bzw. §7 Außenwirtschaftsgesetz).

Am 6. April 2018 veröffentlichte das US-Schatzamt neue Sanktionen gegen sieben russische Konzernchefs, zwölf durch diese kontrollierte Unternehmen, 17 russische Regierungsfunktionäre, eine staatliche Rüstungsfirma und eine Bank. Verfügt werden die neuen Sanktionen gegen Personen und Unternehmen allgemein „for their roles advancing Russia’s malign activities“. Damit wird das Vermögen dieser Personen und Firmen eingefroren

und US-Bürgern geschäftliche Beziehungen mit den sanktionierten Personen und Firmen verboten. Auch Nicht-US-Bürger können Ziel von Sanktionen werden, falls sie wissentlich „signifikante Transaktionen“ im Auftrag der blockierten russischen Personen oder Unternehmen unterstützt haben. In mehreren „General Licenses“ werden für die Umsetzung der Sanktionen durch US-Staatsbürger, Unternehmen und Alliierte teilweise Ausnahmegenehmigungen bzw. Übergangsfristen gewährt.

Eine Reihe der nun direkt sanktionierten Unternehmen wie Agroholding Kuban, Basic Element, GAZ, Renova, Rusal oder Russian Machines stehen auch in engen Geschäftsbeziehungen mit deutschen Unternehmen. Allerdings gab es zum Teil eine Einigung dieser Unternehmen mit der US-Sanktionsbehörde OFAC, wonach die Unternehmen nach Rückzug des Eigentümers Oleg Deripaska von der Sanktionsliste gestrichen wurden. Dies betraf insbesondere den Aluminiumkonzern Rusal. Für andere Unternehmen (GAZ Group) steht die Entscheidung noch aus.

Russland hat seinerseits im Juni 2018 als Antwort auf die US-Sanktionen ein Gesetz verabschiedet, das den Präsidenten ermächtigt, Sanktionen gegen US-Unternehmen und -Organisationen wie Einfuhrverbote zu verhängen. Ein weiteres Gesetz, das die Befolgung ausländischer Sanktionen in Russland unter Strafe stellt, wurde vom russischen Parlament im Mai 2018 in erster Lesung angenommen. Die zweite Lesung wurde nach Protesten unter anderem vom russischen Unternehmerverband auf unbestimmte Zeit verschoben.

Sowohl zu den neuen US-Sanktionen gegen Russland als auch zur Bilanz der Wirtschaftssanktionen gegen Russland zwischen 2014 und 2018 gibt es ausführliche Positionspapiere des Ost-Ausschuss – Osteuropaverains: www.oaoev.de/positionspapiere

4. Zusammenarbeit EU-EAWU

Aufgrund der aktuellen schwierigen politischen Lage und mit Verweis auf russische Verstöße gegen WTO-Bestimmungen zögert die Europäische Kommission weiterhin damit, offizielle Beziehungen zur Eurasischen Wirtschaftsunion aufzunehmen. Dieser Organisation, die sich 2015 gegründet hat, gehören Russland, Kasachstan, Belarus, Armenien und Kirgisistan an. Alle fünf Länder sind nach dem Vorbild der EU übereingekommen, ihre Handelspolitik und weitere Teile ihrer Wirtschaftspolitik schrittweise an eine Eurasische Wirtschaftskommission mit Sitz in Moskau zu übertragen, Binnengrenzen abzubauen und Außenzölle, Zollverfahren und andere Wirtschaftsbereiche im gesamten eurasischen Wirtschaftsraum zu harmonisieren.

Ein einheitlicher eurasischer Wirtschaftsraum bietet große Vorteile auch für westliche Investoren. Ein nächster Schritt könnte die Vereinheitlichung von Normen und Standards der EAWU mit den Bestimmungen der EU sein, um langfristig einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu schaffen. Diese Perspektive stellte der Ost-Ausschuss ab 2013 auch in den Mittelpunkt der Konferenz „east forum Berlin“, die bis 2017 fünfmal stattfand. Ende 2015 gehörte der Ost-Ausschuss zudem zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgruppe „Gemeinsamer Wirtschaftsraum Lissabon bis Wladiwostok“, in der Unternehmen und Verbände aus Deutschland, Russland und weiteren EAWU-Ländern miteinander über Kooperationsmöglichkeiten beraten. Die Arbeitsgruppe wirbt insbesondere gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission für die Aufnahme eines Dialoges mit der EAWU auf höchster Ebene.

Die Notwendigkeit für einen regelmäßigen Austausch zwischen EU und EAWU wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass die Eurasische Wirtschaftskommission immer mehr Wirtschaftskompetenzen an sich zieht und immer mehr deutsche Firmen, die in Russland aktiv sind, direkt mit der Eurasischen Wirtschaftskommission in Kontakt stehen. Dies zeigen die Ergebnisse der jährlichen Geschäftsklima-Umfrage Russland. Für 13 Prozent der Befragten hatte die EAWU-Kommission im November 2019 im Geschäftsalltag bereits eine große Bedeutung, 40 Prozent sahen sie als wichtig für das eigene Geschäft an.

5. Aktivitäten des OAOEV

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein fördert die weitere Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland. Dazu gehört auch die Stärkung der öffentlichen Wahrnehmung Russlands als wichtigem Wirtschaftspartner im östlichen Europa.

Das Herzstück unserer Arbeit bilden die individuelle Betreuung unserer Mitgliedsunternehmen und deren Vernetzung im **Arbeitskreis Russland**. Diesem gehören rund 50 Unternehmen an. Der Arbeitskreis tagt in der Regel zweimal jährlich. Die letzte Sitzung fand am 1. November 2019 erstmals unter dem Vorsitz von Mario Mehren, CEO Wintershall Dea, statt.

Um in Zukunft die mittelständischen Strukturen noch weiter zu stärken und deutschen Unternehmen den Eintritt in den russischen Markt zu erleichtern wurde 2013 auf Initiative des Ost-Ausschusses die **Kontaktstelle Mittelstand** eingerichtet. Sie hat das Ziel, Netzwerke und Informationen über wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für den Markteintritt in Russland und anderen osteuropäischen Ländern bereitzustellen und interessierte Unternehmen zu beraten. Zu den Ergebnissen der Kontaktstelle Mittelstand gehört eine enge Zusammenarbeit mit der russischen Mittelstandsagentur zur Qualifizierung russischer Zulieferer. Bislang haben zwei deutsche Investoren, das Technologieunternehmen GEA und der Dortmunder Pumpenhersteller Wilo, unter Vermittlung des Ost-Ausschuss - Osteuropaverains Abkommen mit der russischen Mittelstandsagentur zur Weiterqualifizierung russischer Zulieferunternehmen abgeschlossen.

Finanziert wird die Kontaktstelle durch acht Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschuss - Osteuropaverains: BAUER COMP Holding GmbH, Commerzbank AG, Ernst & Young GmbH, Herrenknecht AG, Knauf Gips KG, RSP, Schaeffler AG und WILO SE.

Deutsche und russische Unternehmen wollen auf dem Gebiet der Digitalisierung enger zusammenarbeiten. Dazu wurde bereits auf dem St. Petersburg International Economic Forum 2017 ein Memorandum of Understanding (MoU) zwischen dem Russischen Unternehmerverband RSP und dem Ost-Ausschuss unterzeichnet. Das Hauptziel der **German-Russian Initiative for Digitalization (GRID)** ist es, deutsche Best Practices auf den Gebieten Digitalisierung und Innovation in der russischen Wirtschaft zu implementieren und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Dem RSP und dem OAOEV schloss sich die AHK in Moskau an. Die Initiative wird wesentlich durch die beteiligten Unternehmen getragen: Siemens, SAP, VW, die Robert Bosch GmbH und Remondis bilden den Kern. Der Initiative gehören neben den deutschen Trägern auch der russische Telekommunikationskonzern Rostelekom, das russische Unternehmen Zyfra (Renova Group), Kaspersky Lab und der „Innovationsbeschleuniger“

Skolkovo an. Die öffentliche Vorstellung von GRID fand im Februar 2018 anlässlich der Russian Business Week in Moskau statt.

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft (OAOEV) legte im Januar 2019 eine „**Neue Agenda**“ für die **wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland, der EU und Russland** vor. Das Positionspapier erläutert 15 große Themenfelder, auf denen eine Zusammenarbeit mit Russland bereits stattfindet und großes Potenzial verspricht. Dazu gehören Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Digitalisierung der Wirtschaft, Agrarwirtschaft und Klimaschutz, die Erforschung des Weltraums, Energie- und Rohstoffsicherheit, Medizin und Mobilität.

Auf dem St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) im Juni 2019 unterzeichnete Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier gemeinsam mit dem russischen Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin eine Vereinbarung zu einer **Deutsch-Russischen Effizienzpartnerschaft**, die der OAOEV mit vorbereitet hatte. Hintergrund ist ein von der russischen Regierung ins Leben gerufenes Programm zur Steigerung der Effizienz und Produktivität in der russischen Industrie, mit dem der russische Staat Unternehmen im Bereich industrieller Lösungen, Abbau von Barrieren in der Verwaltung, Aus- und Weiterbildung, Kooperationen mit Banken sowie Digitalisierung/Automatisierung unterstützen will.

6. Weitere Informationen

Ansprechpartner für Russland im OAOEV:

Dr. Christiane Schuchart

Regionaldirektorin Russland

Tel.: 030 206167-123

Fax: 030 2028-2712

C.Schuchart@bdi.eu

Alena Akulich

Regionaldirektion Russland

Tel.: 030 206167-128

Fax: 030 2028-2791

A.Akulich@bdi.eu

Kontaktstelle Mittelstand:

Jens Böhlmann

Leiter Kontaktstelle Mittelstand
für Russland

Tel.: 030 206167-127

Fax: 030 2028-2437

J.Boehlmann@bdi.eu

Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden:

Alena Akulich

Projektmanagerin

Deutsch-Russische Gespräche

Baden-Baden

Tel.: 030 206167-129

Fax: 030 2028-2437

A.Akulich@bdi.eu

AG Agrarwirtschaft (German Agrobusiness Alliance):

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführung AG Agrarwirtschaft;

Zusammenarbeit mit Russland, der Ukraine und Kasachstan im
Bereich Agrar- und Ernährungswirtschaft

Tel.: 030 206167-124

Fax: 030 2028-2569

p.brodersen@bdi.eu

Wichtige Links:

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer:

<http://russland.ahk.de/>

Bundesbank:

www.bundesbank.de

Deutsche Botschaft Moskau:

www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/Startseite.html

Eurasische Wirtschaftskommission:

www.eurasiancommission.org

Germany Trade&Invest:

www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html

Fachmagazin OstContact:

<https://owc.de/>

Märkte Weltweit:

<http://www.maerkte-weltweit.de>

Ostexperte – Der Blog zum Russlandgeschäft:

<http://www.ostexperte.de>

Russische Statistikbehörde:

www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/en/main/

Statistisches Bundesamt:

<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>

Business Europe – Working Group on Russia

<https://www.businesseurope.eu/policy-committees-and-working-groups>

Aktuelle Statistiken und viele weitere Informationen zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und zu weiteren 29 OAOEV-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des OAOEV unter www.oaoev.de/de/lander

Newsletter: Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.oaoev.de/newsletter abonnieren können. Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook unter [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss).

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: 030 2028-1441
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.oaoev.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)